Mittwoch, 15. März. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 6580. Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Rℓ 15 Sgr. Auswärts 1 Rℓ 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung. 1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 14. März, 9 Uhr Abends.

Berlin, 14. März. In Betreff der Frage, ob die französische Regierung das Dekret, welches die Ausweisung der Deutschen verfügt, als aufgehoben ansehe, hat Favre sich, da Thiers erst heute zurückkehrt, 48 Stunden Bedenkzeit erbeten. — Die aus Belgien heimkehrenden französischen Kriegsgefangenen werden ihre Waffen zurücklassen, die von der belgischen Regierung bis nach dem definitiven Friedensschluß aufbewahrt werden sollen.

Nancy, 14. März. Der Kaiser ist gestern 7 Uhr Abends in Begleitung des Prinzen Carl hier eingetroffen. Der Kronprinz wird heute erwartet. Morgen früh erfolgt die Abreise nach Metz.

Angekommen 14. März, 10 Uhr Abends.

Wien, 14. März. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident beantwortete die Interpellation betreffs des Verbots der Siegesfeier. Dasselbe sei begründet in der Verpflichtung für die öffentliche Ordnung zu sorgen. Die öffentliche Meinung in der Presse und in der Bevölkerung sprach sich entschieden gegen die Feier aus. Gegendemonstrationen waren angesagt und lagen genügende Erfahrungen vor, wohin derlei nationale Demonstrationen führen. Die Deutung, welche die Interpellanten der Depesche vom 26. Decbr. v. J. geben, ist unrichtig. Die Neutralität habe nur dann einen innern Werth, wenn ihr eine gewisse Stätigkeit verliehen wird. In diesem Sinne gab die Depesche vom 26. Decbr. dem Gedanken Ausdruck: das Selbstbestimmungrecht Deutschlands bezüglich dessen Neugestaltung anzuerkennen und mit Deutschland die besten Beziehungen anzubahnen und zu befestigen. Diese Beziehungen erfordern die zarteste Auffassung des Neutralitätsprinzips. Die Regierung sei überzeugt, die Regierung des deutschen Reiches lege höheren Werth auf die Freundschaft eines Staates, der sich selbst zu achten weiß, als auf die Sympathien einer Regierung, die dieser ersten Aufgabe gegenüber sich als zu schwach erweise.

Wahlerfolge der conservativen Parteien in Preußen.

In der letzten Reichstagssession zählten die conservativen Fractionen aus Preußen 106 Mitglieder; von den „conservativen Wahlkreisen", aus deren Wahl diese 106 Abgeordnete hervorgegangen waren, haben bisher nur 72 wiederum conservativ gewählt; in 10 Wahlkreisen ist der bisherige conservative Vertreter durch einen liberalen, in 13 durch einen klerikalen ersetzt worden, während in 11 Wahlkreisen der conservative Candidat noch den Chancen einer engeren Wahl ausgesetzt ist; dagegen sind nur in 5 Wahlkreisen, welche früher liberale Vertreter in den Reichstag schickten, conservative Wahlerfolge zu verzeichnen und außerdem macht in 4 liberalen Wahlkreisen ein conservativer Candidat einem liberalen den Boden in engerer Wahl streitig. Selbst bei dem glücklichsten Ausfall der engeren Wahlen haben daher die conservativen Parteien in Preußen immer noch 9 Sitze eingebüßt! Wir wollen abwarten, ob von offiziöser Seite etwa der Versuch gemacht werden sollte, diejenigen Sitze, welche von conservativen Abgeordneten auf klerikale übergegangen sind, als „den conservativen Parteien nicht verloren" zu bezeichnen. Wir fassen es unsererseits als einen Verlust auf, wenn in Wahlkreisen, die bisher durch liberale Abgeordnete vertreten waren, ein klerikaler gewählt wird, obwohl manche derselben sich als „entschieden liberal" bezeichnen lassen. Wir bedauern es daher auf das Entschiedenste, daß in Rheinland und Westfalen die Wahlsiege der klerikalen Partei überwiegend auf Kosten der liberalen erfochten sind, welche dort nicht weniger als 18 Sitze eingebüßt haben; wir können uns aber auch darüber nicht freuen, daß dort in 7 Wahlkreisen die früheren conservativen Vertreter durch klerikale verdrängt wurden, wie sehr die letzteren auch ihrer „liberalen Anschauungen" sich rühmen mögen. Man kann gegen das Budget gestimmt haben und doch einer der Einheit und Freiheit des deutschen Volkes gefährlichen Partei angehören. Es muß sich, sobald an practische Arbeiten die Hand gelegt wird, alsbald zeigen, wieviel Mitglieder der klerikalen Partei, soweit nicht kirchliche Fragen in's Spiel kommen, von liberalen Anschauungen sich leiten lassen. Eine klerikale Partei, welche bei 382 Mitgliedern über 66, also über ein starkes Sechstel der Stimmen verfügt, darf von den liberalen Parteien nicht so leicht genommen werden, wie es Diejenigen thun, welche in oberflächlicher Weise Liberalismus und Opposition für gleichbedeutend halten. Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause lassen übrigens befürchten, daß die klerikale Partei, auf entsprechende Gegendienste rechnend, auch im Reichstage sich mit den conservativen Parteien zu einer der freiheitlichen Entwickelung unserer inneren Verhältnisse sehr bedrohlichen Koalition verbünden könnte. Die offiziösen Bemerkungen deuten darauf hin, daß in gewissen Regierungskreisen das „selbstständige und siegreiche Hervortreten der katholischen Partei" gar nicht ungern gesehen wird, weil es den liberalen Parteien Abbruch thut und daß man conservative Sitze, welche an die klerikale Partei verloren gehen, dort nicht als verloren betrachtet. Dennoch würden wir und besonders in unseren Wahlkreisen, wo zu dem clericalen noch das antinationale, polnische Element sich gesellt, keinen Augenblick anstehen, uns im Falle einer engeren Wahl für einen conservativen, gegen den polnisch-clericalen Candidaten zu entscheiden. Vor diesem Dilemma steht der Danziger Landkreis. Herr v. Brauchitsch ist als Politiker dort bei allen Liberalen mit Recht sehr übel angeschrieben; man hält seine parlamentarische Wirksamkeit für so verderblich und aller gesunden humanen Entwickelung des Staatslebens Gefahr bringend, daß viele Liberale die Wahl des polnisch-clericalen Candidaten als das geringere Uebel betrachten. Dazu kommt noch, daß dieser selbe Herr v. Brauchitsch, der hier dem polnisch-clericalen Bewerber als Feind gegenüber steht und alles daran setzt, damit seine Getreuen gegen diesen und für ihn stimmen, wenige Meilen landeinwärts ein ganz verändertes Gesicht zeigt. Derselbe Herr v. Brauchitsch braucht im Marienburg-Elbinger Wahlkreise die Unterstützung derjenigen clericalen Partei, welche er im Danziger bekämpft. Dort buhlt man um die Stimmen der polnischen Ultramontanen, die man hier vernichten möchte. Die Katholiken der Marienburger Niederung beschwört man in demselben Hrn. v. Brauchitsch, den Hort ihres Glaubens, ihrer Religion und Treue zu wählen, der hier in Danzig gegen die Clerikalen alle Hebel ansetzt um dieselben aus dem Sattel zu werfen. Die Absicht ist klar. Hr. v. Brauchitsch will im Danziger Landkreise mit der einen Hand die Polnisch-Klerikalen niederschmettern, während er mit der anderen in Elbing-Marienburg diese selben Polnisch-Klerikalen zur Hilfe heranwinkt, damit sie ihm bei Besiegung des liberalen Forckenbeck beistehen. Vielleicht erringt er mit diesem Doppelspiel zwei Mandate, um dann eins einem guten Freunde zu überlassen. Dieses Manöver à deux mains ist nicht nach Jedermanns Geschmack und Gefühl und wird die Sympathien für den Candidaten mit dem doppelten Gesicht nicht grade erhöhen. Dennoch aber ist es Pflicht aller Liberalen unseres Landkreises ihre Stimmen gegen den polnisch-klerikalen, für den deutschen Candidaten abzugeben und wir ersuchen unsere Gesinnungsgenossen nochmals sich durch die Persönlichkeit dieses deutschen Candidaten nicht von der Ausübung dieser Pflicht abschrecken zu lassen. Wir geben gern zu, daß Hr. v. Brauchitsch der ungeschickteste Candidat ist, den die Conservativen diesem Wahlkreise bieten konnten, aber dieser von ihnen begangene grobe Fehler darf uns nicht abhalten, unsere Pflicht zu thun.

Deutschland.

✱ **Berlin, 13. März.** Die Pontusconferenz hat also die Annullirung der Verträge Seitens Rußland annullirt, der Koloß auf thönernen Füßen darf wieder ins Wasser des Euxinus gehen. Das ist ein erster Schritt zu neuen Verwickelungen im Orient, denn Rußland will offenbar mehr als nur das Recht eine Flotte dort zu unterhalten, es will dieselbe auch benützen. Deutschland ist in der orientalischen Frage erst in zweiter Linie interessirt, es kann abwarten, auf welche Seite sein Interesse ihm sich zu stellen gebietet. Rußland und Oesterreich sind auf die Hilfe des neuen Reichs der Mitte angewiesen und darum wollen beide schon heute jeden Grund zu Differenzen mit dem Cabinette von Berlin vermeiden. Wir wünschen und hoffen, daß es uns dann gestattet sein möge, mit Oesterreich gegen das Slavenreich zu gehen; die heut an der Donau getriebene Politik giebt aber dazu wenig Aussicht. Lebhafter als uns beschäftigen die Abmachungen der Pontusconferenz die Wiener Blätter. Ihr Urtheil darüber faßt die Presse in folgenden Sätzen zusammen: „Es ist der Conferenz allerdings nicht gelungen, die Orientfrage aus der Welt und auf dem Schwarzen Meere einen Zustand zu schaffen, welcher einen dauernden Frieden verbürgt. Sie hat aber wieder die schwebenden Differenzpunkte beseitigt und ernste Reibungen verhütet. Damit ist Alles geschehen, was man unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt verlangen konnte. Dieser Erfolg wurde allerdings nur dadurch erreicht, daß man in dem Hauptpunkte die russischen Forderungen gelten ließ, nachdem das Petersburger Cabinet seinerseits das Princip, ein internationaler Vertrag könne nicht durch einseitige Kündigung wirkungslos gemacht werden, anerkannt hatte." Weit lebhafter äußert sich die „N. fr. Pr.": „Die Pontusconferenz, sagt sie, hat dem von Rußland begangenen Bruch des internationalen Rechtes zum Rechte erhoben und den Versuch Oesterreichs, durch Erlangung einiger Zugeständnisse in der Donau-Frage seine diplomatische Niederlage zu umhüllen, zunichte gemacht. Der Triumph Rußlands ist so vollständig, wie es die Demüthigung Europas ist. Die Haltung der europäischen Mächte gegenüber dem cynischen Vertragsbruche ist eine klägliche gewesen. Wenn rechtswidrige Acte durch die Geschädigten und die zu Hütern des Rechtes Berufenen feierlich sanctionirt werden, so werden sie aus Thatsachen zu Gesetzen und legen den gegenseitigen Beziehungen in der europäischen Staatenfamilie den Rechtsbruch als Codex unter. Nicht die Kriege statuiren das Faustrecht für Europa. Dagegen sind die Congresse, welche den Vertragsbruch heiligen, geradezu ein Mord an der öffentlichen Sittlichkeit. Frankreich, das noch ganz in der Gedankenwelt des letzten Krieges befangen ist, wird den blutigen Hohn nicht empfinden. Italien dürfte, wie das englische Blaubuch ahnen läßt, mit Rußland längst unter einer Decke spielen; die Türkei scheint seit dem Beginne des deutsch-französischen Krieges ihr Heil in der Privat-Verständigung mit Rußland zu suchen; Oesterreich und England aber, die der russische Geißelschlag vor Allem trifft, werden den Schmerz so bald nicht verwinden können. Daß die englische Politik marklos geworden, ist eine Evidenz. Das einst so wachsame, kampflustige, eifersüchtig seinen Einfluß hütende Albion ist durch das schläferige Gladstone'sche Cabinet wahrhaft chloroformirt worden. Dasselbe Volk, das durch seinen weltumspannenden Geschäftsverkehr und seinen Colonialbesitz in allen Erdtheilen gewöhnt war, immer auf dem Lugaus zu weilen und zu erspähen, wo für England Gewinn oder Gefahr zu finden sei, hat sich völlig eingesponnen in seine häuslichen Angelegenheiten. Wesentlich zu dem Triumphe Rußlands hat der Starrkrampf beigetragen, der den Bewohnern von Downingstreet jegliches Aufraffen zu einem Entschlusse unmöglich machte. Das in Nationalitäts-Krämpfen liegende Oesterreich ist umgrenzt von übermächtigen Staaten. Rußland und Deutschland bleiben mindestens während der Lebenszeit der beiden jetzigen Kaiser treue Alliirte; die Abneigung der beiden Völker und wahrscheinlich auch der beiden Thronfolger wird einmal zum Zusammenstoße beider Reiche führen, vermag aber für den Augenblick nicht, sich geltend zu machen. Oesterreich muß sich entscheiden, mit welchen der beiden Reiche es Frieden halten, mit welchem es innige Beziehungen knüpfen will. Rußland hat soeben in der Pontus-Frage einen Schlag gegen unsere Monarchie geführt; Deutschland hat uns die Hand zur Verständigung geboten und unser Auswärtiges Amt hat, unter ausdrücklicher Berufung auf die Gesinnung des Monarchen, freudig eingeschlagen. Rußland will Feindschaft mit Oesterreich. Daß Deutschland gleichfalls Eroberungsgedanken wider Oesterreich hegte, wird von einigen Fanatikern behauptet, von den Vernünftigen bestritten. Aber deutlich geht aus der Nothwendigkeit für Deutschland, sich von den furchtbaren Anstrengungen des letzten Krieges zu erholen und aus der Vorsicht, mit welcher das Berliner Cabinet dem Conflicte mit Frankreich so lange auswich, bis Napoleon seinen Ueberfall wagte, hervor, daß Deutschland keinen Krieg mit Oesterreich provociren wird. Und wir Deutschen wollen hoffen, daß Oesterreich in der Stunde der Entscheidung, die wir weit weg wünschen, dort steht, wo es hingehört: an unserer Seite.

Schweiz.

Zürich, 12. März. Drei Tage hindurch, von Donnerstag bis Sonnabend, wiederholten sich die Emeuten, die jedenfalls tiefere Bedeutung haben als bloße Aeußerungen des Hasses der hiesigen Polen und Franzosen gegen die Deutschen. Das eidgenössische Militär rückt an und hoffentlich werden die Franzosen und Polen den Lohn für den freventlichen Bruch des Gastrechts ernten. Gestern Abend wiederholten sich die Unruhen, die Truppen waren genöthigt Feuer zu geben, wobei zwei Personen getödtet, neun verwundet sein sollen. Bundescommissar Dr. Heer ist eingetroffen, die Truppen befehligt Oberst Salis. Heute, Sonntag, noch starke Ansammlungen, aber bis Mitternacht kein Conflict. In der „St. Galler Ztg." und der „Berner Tagespost" finden wir Versuche, die Sache anders darzustellen, die uns befremden. Die Blätter aller Farben in der Schweiz haben bei dem Einmarsche der Franzosen einmüthig über das verkommene, brutale, leichtfertige Wesen der französischen Offiziere Klage geführt und daß diese Herren die Hauptanstifter des Scandals, das beweist sich dadurch, daß ihrer 16 deshalb abgefaßt und in das Gefängniß gebracht worden sind. Steht denn aber dem Rechte, das der Entwaffnete im neutralen Staate genießt, nicht eben so schwerwichtig die Pflicht entgegen, dieser Neutralität nun auch entsprechend sich zu verhalten? Glaubt man in der freien Schweiz nicht, daß das Fundament der Freiheit das Recht des Bürgers auf „sein Haus seine Burg" sei? Und ist ein Fest, das in durchaus privater Abgrenzung unter einem Titel, der für Freund und Feind gleich sympathisch lauten müßte, mit dem gehässigen Vorwurfe der Demonstration zu belegen? Findet das in der Schweiz als Offiziersstitte Anklang, mit Einbruch über Unbewaffnete und über Frauen herzufallen? Aber wir finden in der Berner „Tagespost" ein Wort, das ganz andere Motive des Vorfalles enthüllt. „Wenn übrigens, so heißt es dort, in dieser Nacht ein Theil unserer Arbeiter die Antipathie gegen die Deutschen durch Thätlichkeiten bloßgestellt hat, so ist dies wohl nur die Frucht der Jahrzehnte langen systematischen Bevorzugung der Deutschen von unsern Zürcher Herren in Werkstatt, Büreau und Lehrstuhl. Es rächt sich Alles." Das wäre also die Sonderbündelei, wie sie einst zur Schande der Schweiz den David Strauß aus dem Lande getrieben hat und dafür wollen freisinnige Schweizer Publicisten eintreten?

Frankreich.

⊙ **Paris, 10. März.** Die Weiber und wieder die Weiber, sie beherrschen Paris, Frankreich, die Welt. Diesmal haben sie den Widerstand der Rothen von Montmartre gebrochen, sie kletterten dort auf Schanzen und Barrikaden, hielten wüthende Ansprachen an die Nationalgardisten und zwangen dieselben zur Herausgabe der Kanonen und nahmen ihre Ehemänner mit nach Hause. Aber das damit die drohende Insurrection beseitigt ist, will ich nicht behaupten. Auf allen andern Höhen, in allen andern Vorstädten weht noch die Fahne des Aufruhrs und die Ansprachen des offiziellen Blattes, welche Thiers selbst verfaßt haben soll, äußern dort noch keine Wirkung. Vielleicht thut es die angedrohte Entziehung des Soldes, wenn Napoleon nicht dafür sorgt, daß in dieser Beziehung Ersatz geleistet werde aus seiner Tasche. Die revolutionären Comités scheinen nicht nachgeben zu wollen, sie verbreiten bereits die Ministerliste, die nach ihrem Siege eine Wahrheit werden soll. Fast alle zum Tode verurtheilte Revolutionäre des 31. Octobers stehen darauf. Auch in den Städten des Südens ist die Gährung sehr groß und wie wir richtig vermuthet haben, man verleugnet und beschimpft jetzt die selbstgewählten Vertreter, nachdem sie das Odium des Friedensschlusses mit den Landabtretungen auf sich geladen haben. Den Frieden wollte jeder Franzose, das hält ihn indessen nicht ab die Friedensschließer an die Laterne zu liefern. Die Bauern in den nicht occupirten Territorien scheeren sich wenig um das abgetretene Land, sie werden mit den fünf Milliarden in Wuth gehetzt, von denen sie, die bisher nichts gelitten, den größten Theil würden zahlen müssen. In Bordeaux geht es toll her. Im achten Ausschusse haben sich Dinge zugetragen, die für alle Republikaner eine heilsame Mahnung sein sollten, fest zusammenzuhalten. Es wurde Kriegsminister Leflô über die Unruhen in Paris interpellirt, und erklärte, diese Unruhen seien nicht ernst; er habe allerdings dem General Vinoy Truppen geschickt, ihm aber anempfohlen, sich auf der Defensive zu halten. Dagegen erhob sich Ducrot mit ungemeiner Heftigkeit; man dürfe mit der zuchtlosen Bevölkerung in Paris keine Schonung haben. Mit der äußersten Verachtung sprach er von den 300,000 Nationalgardisten der Hauptstadt. Frankreich müsse von diesen unverbesserlichen Revolutionären gesäubert werden, von den gewerbsmäßigen Meuterern". Unter diesen Insurgenten, welche Zusammenrottungen auf der Straße bilden, bemerkt man viele der verdächtig aussehenden Leute, die bei solchen Gelegenheiten unter dem Kaiserreich zu sehen waren, darunter sogar solche, die zum „Service politique" des berüchtigten Lagrange gehörten. Wie gut im Trüben zu fischen ist, weiß Napoleon von Alters her und ein Wunder wäre es, wenn er es auch heute nicht probirte.

Italien.

Rom, 9. März. Die Römer kümmern sich um den Königl. Commissarius wenig. Auf dem Quirinal flackert die italienische Tricolore, die Parteien scheiden sich auch äußerlich durch die Zielpunkte ihrer Promenaden. Die Liberalen ziehen nach dem Monte Pincio, um dort die schöne Prinzessin Margherita zu bewundern, oder dem Prinzen Feuer für seine Cigarre zu geben; die Päpstlichen wandeln nach der Porta Pia mit ihrem Groll. Die liberale Jugend ist übrigens gar nicht rücksichtsvoll, denn sie schlägt Jedem, der die Prinzessin Margherita nicht grüßt, den Hut vom Kopf. Bei Sanct Peter und im Vatican um den Papst geht es übrigens sehr lebhaft zu; man sieht fortwährend Equipagen ankommen und abgehen, versichert aber, es seien das lauter Fremde; man kann indessen doch nicht in Abrede stellen, daß auch ein großer Theil des römischen Adels noch zum Papst hält. Der Vatican soll von 1500 Mann besetzt sein; man darf ohne besondere Erlaubniß nicht eintreten. Auf der Rampe, die zur Ehrentreppe führt, steht unten ein italienischer Posten mit dem Gewehr und oben steht ein Schweizer, der immer erklärt, daß man nicht passiren darf. Sie sind immer durch die sieben Marmorstufen von einander getrennt und geben so ein recht anschauliches Bild von der Lage, in welcher sich Papstthum und Königthum zur Zeit hier gegeneinander befinden.

Rom, 7. März. In unserer Garnison ist eine Regsamkeit bemerkbar, von der man auch im nahen Neapolitanischen hört. Das Gerücht will von einem Lager bei Somma wissen, das jedoch kein gemeines Uebungslager sei, Alessandria soll in Vertheidigungszustand gesetzt und Rom mit detaschirten Schanzen umgürtet werden. Das wäre die italienische Antwort auf die vorausgesehene französische Truppenconcentrirung bei Antibes und die französische Kreuzerflottille im ligurischen Busen.

Danzig, den 15. März.

* [Stadtverordnetenversammlung am 14. März.] Vorsitzender Hr. Commerzienrath Bischoff; Vertreter des Magistrats die HH. Bürgermeister Dr. Lintz, Stadträthe Ladewig, Strauß und Hirsch. Da die Rückkehr der siegreichen Truppen vom Kriegsschauplatze in nicht langer Frist bevorsteht, so hält Magistrat es an der Zeit, die erforderlichen Vorbereitungen zum festlichen Empfange derselben baldigst zu treffen. Die Versammlung wird daher ersucht, sich mit der Einsetzung einer gemischten Commission einverstanden zu erklären, welche die Angelegenheit vorzuberathen und Vorschläge zu machen habe. Hr. Martiny ist gegen die Einsetzung einer Commission zu dem besagten Zwecke. Daß die Truppen im Allgemeinen freudig aufgenommen würden, sei zu erwarten; diejenigen aber, deren Angehörigen nicht mehr zurückgekehrt, würden wohl nur Trauer empfinden statt Freude. Den Stadtverordneten könnte ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie den Stadtseckel mit derartigen Ausgaben beschwerten, die besser den Privaten überlassen blieben. Hr. Justizrath Breitenbach bestreitet, daß die Bürgerschaft Klage darüber führen werde, wenn zu einem Zwecke wie der vorliegende, aus der Communalkasse eine entsprechende Summe verwendet werde. Als Theil eines großen Ganzen könne die Stadt sich nicht dem Einfluß entziehen, den das Letztere auf sie übe. Uebrigens handle es sich heute vorläufig nur um die Wahl einer Commission, deren Vorschläge abzuwarten seien. Die Versammlung wählt als Mitglieder dieser Commission die HH. Kosmack, Bertram, Hendewerk, Berger, Rohloff, Schottler, Martiny, Pretzell, Breitenbach, Hybbeneth, Stattmiller. — Bekanntlich sind durch die in Folge Dünendurchbruchs eingetretene Ueberschwemmung der Binnennehrung Hunderte von Einwohnern obdachslos geworden und theilweise ihrer Habe beraubt, so daß schnelle und wirksame Hilfe Noth thut. Magistrat hält es für angemessen, daß auch die hiesige Commune sich hierbei betheilige, um so mehr, als auch eine Anzahl von Personen, die im städtischen Baggerdienste beschäftigt sind, von jener Calamität mitbetroffen sind. Um nun in den Stand gesetzt zu sein, durch einen Beitrag zu dem bereits aufgebrachten Hilfsfonds helfend einzutreten, ersucht Magistrat ihn zu ermächtigen, bis zu dem Betrage von 1000 Rℓ Anweisungen auf den für solche Verwendung gerade bestimmten Explosionsfonds erlassen zu dürfen. Hr. Dr. Lintz erklärt, daß der Magistrat vorläufig nur 500 Rℓ der betreffenden Deichcommission zu überweisen beabsichtige, die Restsumme aber für besondere Unterstützungen in einzelnen Fällen reserviren wolle. Hr. Breitenbach wünscht, daß 500 Rℓ für die Beschä-

digten in Letzkauerweide, die besondere Berücksichtigung Seitens der Stadt verdienten, verwendet würden. Ein Einwand des Hrn. Martiny, daß die Stadtverordneten nur das Recht hätten, im speziellen Interesse der Stadt, deren Geldmittel zu verwenden, wird für den vorliegenden Fall von den HH. Bischoff und Liévin als nicht zutreffend erklärt, da über die Verwendung des Explosionsfonds in Folge früher gefaßter Beschlüsse den städtischen Behörden freie Disposition zustehe. Die Vorlage wird darauf unverändert angenommen. — Von Hrn. Sielaff, als Vorsitzender des Bürgervereins, ist Abschrift eines Gesuchs an den Magistrat eingereicht worden, worin um Gründung eines Communalblattes und stenographische Mittheilung der Stadtverordneten-Verhandlungen gebeten wird. Hr. Dr. Lintz theilt mit, daß der Magistrat den Petenten schon dahin Bescheid ertheilt habe, daß er die großen Kosten des verlangten Unternehmens nicht mit dem durch die Realisirung desselben zu erwartenden Nutzen im Verhältniß stehend erkennen könne. Die Petition wird hierauf ohne weitere Discussion ad acta gelegt. — Von einer Anzahl Bewohner von Weichselmünde liegt eine Petition vor, in welcher dieselben die Versammlung bitten, beim Magistrat es veranlassen zu wollen, daß sie für die Hilfe, die sie beim Löschen des Feuers auf dem Cüvry'schen Holzfelde am 12. Juni v. J. geleistet, entschädigt werden. Auf den Wunsch des Hrn. Dr. Lintz wird das Gesuch dem Magistrat zur Prüfung überwiesen. — Die Königl. Regierung hatte im Jahre 1868 bereitwilligst gestattet, in der K. Stangenwalder Forst die zum Aufschluß der Prangenauer Quellen erforderlichen Arbeiten vorzunehmen und das aufgefangene Quellwasser in die Stadt zu führen. Das Königl. Finanzministerium hatte seine Genehmigung gleichfalls ertheilt, und den Abschluß eines förmlichen Vertrages, der die dem Forstfiscus zu zahlende Entschädigung regeln sollte, bis nach Vollendung der Arbeiten ausgesetzt. Nachdem die Arbeiten vollendet, ist der Umfang des durch dieselben der Forst zugefügten Schadens ermittelt und festgestellt worden, innerhalb welcher Grenzen das Terrain über den Canälen der Stadt zur Benutzung frei gelassen werden sollte. Auf Grund dieser Verhandlungen ist ein Vertrag aufgestellt worden, der den Betrag des von der Stadt zu ersetzenden Schadens auf 123 Rp. und die jährliche Entschädigung auf 5 Rp. bestimmt. Magistrat hält diese Vergütung für sehr mäßig und ersucht die Versammlung, ihre Zustimmung zum Abschlusse des Vertrages zu ertheilen und demgemäß 123 Rp. aus dem Fonds für die Wasserleitung und die Aufnahme von 5 Rp. jährlich in den Etat zu genehmigen. Die Versammlung ist damit einverstanden. Die Versammlung hat sich schon früher damit einverstanden erklärt, daß zur Beaufsichtigung der Wasserleitungsanlagen bei Prangenau ein Aufseher angestellt und für denselben ein Wohnhaus errichtet werde. Das Wohnhaus ist fertig und kann zum Frühjahr bezogen werden. Jetzt handelt es sich darum, die Gehaltsverhältnisse des Aufsehers zu regeln. Der bis jetzt interimistisch angestellte Schulz Ising, den Magistrat beizubehalten beabsichtigt, weil derselbe den unterirdischen Theil der Anlagen genau kennt, und sich als zuverlässig erwiesen hat, hat bis jetzt 20 Sgr. tägliche Diäten erhalten. Magistrat will auch für die Zukunft die Remuneration auf 20 Rp. monatlich neben Gewährung freier Wohnung fixiren und 3monatliche Kündigung vorbehalten. Die Versammlung beschließt dem Antrage des Magistrats gemäß. — Bäckermeister Tiede, Besitzer des Grundstücks in Ohra Nr. 60, beabsichtigt eine Abzweigung von der Prangenauer Wasserleitung in das Grundstück zu führen und das Wasser zum Haus- und gewerblichen Bedarf zu entnehmen. Er hat sich bereit erklärt, mit der Stadt einen gleichen Vertrag zu schließen, wie er unter Zustimmung der Stadtv.-Versammlung mit Fräul. Hoene in Ohra geschlossen worden ist. Magistrat beantragt, dem Vertrag mit ꝛc. Tiede die Zustimmung zu geben. Dies geschieht. — Die Verlängerung der mit den Hofbesitzern Gurk und Joost vereinbarten Contracte über Bernsteingräbereien im Dünenterrain des Forstbelaufs Heubude auf 6 Monate, bis zum 1. October 1871, wird genehmigt; eben so die Gestattung der Bernsteingräberei auf einer neuen Fläche östlich vom sog. Postwege bei Heubude, von 4 Qu.-Ruth. Pr. Größe, gegen 2 Rp. 15 Sgr. Pachtzins pro □-Ruthe. Die Verpachtung der Bernsteingräberei auf einer ca. ¼ Morgen Preuß. großen Fläche der Düne bei Nickelswalde an die Krugpächterin Dirschauer in Kronenhof gegen 90 Rp. Pachtzins, mit der Maßgabe, daß für jede □-Ruthe, welche die abgegrenzte Fläche über ¼ Morgen enthalten sollte, noch 2 Rp. bezahlt werden, wird genehmigt. — Nach dem Antrage der Rechnungs-Abnahme-Commission wird die Rechnung über die Ausgaben zur Unterhaltung der Linden-Allee pro 1869 dechargirt. — Als Beihilfen für Beseitigung von Vorgebäuden werden bewilligt: an Kaufmann Gustav Krohn, Petersiliengasse 7, 20 Rp.; — an die Wittwe Maladinski, 3. Damm 5, baar 40 Rp. und freies Trottoir für 13 Rp. 7 Sgr. 6 ₰; — an Bäckermeister Off, Frauengasse 40, baar 40 Rp. und freies Trottoir für 15 Rp. 27 Sgr.; — an Klempnermeister Jahn, Kohlengasse 9, baar 25 Rp. und freies Trottoir 15 Rp. 6 Sgr. — Dem von dem Director der Realschule zu St. Johann gestellten Antrage (vom Magistrat unterstützt) gemäß, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Theilung der Secunda genannter Schule auch für das Schuljahr 1871/72 in der bisherigen Weise fortbestehen bleibe und bewilligt die Mittel zur Remunerirung der dazu erforderlichen Lehrkräfte im Betrage von 641 Rp. 20 Sgr. — Für Vertretung des erkrankten Lehrers an der Katharinen-Mittelschule, Szotowski, werden pro Januar 20 Rp. bewilligt; ebenso 90 Rp. für Vertretung des erkrankten und demnächst verstorbenen Lehrers Fauß an der katholischen Elementarschule der Niederstadt während der Zeit vom 15. Aug. bis 31. Decbr. 1870. — Die aus Köln und Königsberg eingegangenen städtischen Verwaltungsberichte werden im Bureau ausgelegt. — Die Revision des Leihamts ergab am 15. Febr. c. einen Bestand an Pfändern von 19,405, beliehen mit 59,102 Rp. (gegen 21,205 Pfänder, beliehen mit 64,705 Rp. am 15. Jan. c.) — Bei der am 22. Febr. c. stattgehabten Revision der Depositalbestände wurde Alles in vorschriftsmäßiger Ordnung befunden. — Zu den in nächster Zeit stattfindenden Prüfungen der städtischen Schulen wird eine Anzahl Stadtverordneten deputirt. — Hr. Brose, Petershagen 10 A., petitionirt um Ermäßigung der Communal-Einkommensteuer, da er das Einkommen nicht habe, für das er eingeschätzt sei. Er bittet, eine Prüfung seiner Vermögensverhältnisse veranlassen zu wollen. Die Sache ist bereits durch den Magistrat erledigt. — Die Niederschlagung von 86 Rp. 25 Sgr. uneinziehbarer Wohnungssteuerreste wird genehmigt; ebenso die Niederschlagung von 124 Rp. 15 Sgr. unbeitreiblicher Hundesteuerreste. — Als Entschädigung für die von der Wittwe Pethke von ihrem Pachtlande vor dem Olivaerthore rechts zur Danzig-Cösliner Eisenbahn abgetretenen Landstücks wird derselben eine Pachtzinsquote von 10 Rp. 19 Sgr. 1 ₰ jährlich, vom 1. Januar 1869 ab, zu erlassen bewilligt. — Zur Bestreitung der Feuerversicherungskosten für städtische Gebäude pro 1870 werden 128 Rp. 6 Sgr. 4 ₰ nachbewilligt. (Zum Etat stehen 610 Rp., verausgabt sind 738 Rp. 6 Sgr. 4 ₰.) — Nachbewilligt werden ferner: zum Etat des Arbeits- und Siechenhauses pro 1870: 72 Rp. 19 Sgr.; — zum allgemeinen Verwaltungskostenfonds: für kleine rathhäusliche Bedürfnisse 74 Rp. 4 Sgr. 2 ₰, bei dem Insertionskostenfonds 63 Rp. 4 Sgr. 7 ₰, für Buchbinderlohn 10 Rp. 25 Sgr. 2 ₰, für Schreibmaterialien 391 Rp. 7 Rp. 6 ₰; — bei dem Remissionsfonds der Buchhalterei IV. 36 Rp. 21 Sgr. 10 ₰; — bei Tit. I. der IV. Buchhalterei 12 Rp. 19 Sgr. 9 ₰. — Die Absetzung des jährlichen Grundzinses, der bisher auf dem Grundstück Lastadie 65 ruhte, im Betrage von 3 Rp. jährlich, wird bewilligt, da die Erwerber der Parzellen den Zins durch Zahlung des 20fachen Betrages mit 60 Rp. abgelöst haben. Bei Absetzung der Schulgelder für die Elementarschulen hat Magistrat nicht beabsichtigt, die Schulbeiträge der ländlichen Ortschaften, welche zur Zeit zu unseren Schulen gewiesen sind, zu erlassen; ebenso liegt für denselben kein Grund vor, die Schulgelder, welche der Staat für die Militärkinder zahlt, abzusetzen. Magistrat hat daher die Beträge, welche in der gestrichenen Hauptsumme enthalten waren, restituirt und zwar: 1) für die zur evangelische Schule in Langfuhr eingeschulten Ortschaften, a) an fixirten Beiträgen 216 Rp., b) an Holzgeld 15 Rp.; 2) desgleichen zur katholischen Schule daselbst, a) an fixirten Beiträgen 30 Rp., b) an Holzgeld 10 Rp., 3) für die nach Schidlitz eingeschulte Ortschaft Schellingsfelde 40 Rp., 4) für die nach Neufahrwasser eingeschulten Kinder von Broesen 10 Rp., 5) für die Militärkinder 50 Rp., in Summa 371 Rp. Dagegen ist Magistrat genöthigt, dem qu. Beschlusse gemäß das Schulgeld auch bei der evangelischen Mittelschule in Neufahrwasser in den eigentlichen Elementarklassen abzusetzen; dasselbe ist berechnet auf ca. 330 Rp. und wird dann nur für die beiden ersten Klassen das Schulgeld zur Hebung kommen. Das im Etat angenommene Quantum ermäßigt sich hiernach auf 233 Rp. 8 Sgr. 4 ₰. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Schuletat hiernach berichtigt wird. — Für die evangelische Mädchenschule der Rechtstadt ist schon seit längerer Zeit das Bedürfniß eines weiteren Hilfslocals fühlbar geworden; für Ostern ist das Raumbedürfniß für ca. 94 Kinder in der untersten Klasse constatirt. Der Vorstand hat nun ein Hilfslocal in dem Hause des Glasermeisters Müller, Häkergasse No. 15, ermittelt, in welchem ca. 60 Kinder untergebracht werden können und wird dadurch die Möglichkeit geboten, dem auch bei der altstädtischen Mädchenschule hervorgetretenen Bedürfniß durch vorübergehende Ueberweisung einer Anzahl dorthin gehöriger Kinder einstweilen Abhilfe zu schaffen. Die Versammlung giebt ihre Genehmigung, daß dieses Local vom 1. April c. ab auf 2 Jahre für 112 Rp. jährlich gemiethet werde und gewährt die dazu nöthigen Mittel. Für Einrichtungskosten werden zugleich 100 Rp. bewilligt.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. März. Angekommen 10 Uhr Abends.

		Crs. v. 11.			Crs. v. 11.
Weizen März	76 4/8	76	Preuß. 5pCt. Anl.	101	101
April-Mai	77	76 5/8	Preuß. Pr.-Anl.	118 4/8	118 4/8
Rogg. fester,			3½pCt. Pfdbr.	76 2/8	76
Regul.-Preis	52 2/8	52	4pCt. wpr. do.	82 2/8	82 2/8
März-April	52 4/8	52	4½pCt. do. do.	89 7/8	90
April-Mai	52 6/8	52 2/8	Lombarden . . .	97 2/8	97 1/8
Petroleum,			Rumänier	45 2/8	46 2/8
März 200 ℔	14	14	Amerikaner . . .	97 3/8	97 3/8
Rüböl 200 ℔	28¾	28¾	Oester. Banknoten	81 3/8	81 5/8
Spir. stille,			Russ. Banknoten	80	80 5/8
März-April	17 13	17 12	do. 1864r Pr.-Anl.	119	119 4/8
April-Mai	17 17	17 15	Italiener	53 1/8	53 4/8
Nord. Schatzanw.	100⅛	100 1/16	Türk. Anl. de 1865	42	42
Nord. Bundesan.	100 2/8	100 2/8	Wechselcours Lon.	6.23 3/8	6.23 5/8

Fondsbörse: Schluß fest.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 14. März. Wind S.
Angekommen: Mathiesen, Holger, Messina, Früchte.
Ankommend: 1 Brigg.

Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Kafemann in Danzig.